



KOALITION FÜR
Konzern-
verantwortung

Jahres- rückblick

2023

Konzern-
verantwortungs-
initiative

JA!

Vorwort	01
Konzernverantwortung in Europa und der Schweiz	02
Weitere Aktivitäten 2023	05
Aktuelle Skandale	08
Koalition	11
Mitgliedorganisationen	
Vorstand	
Geschäftsleitung	
Finanzen	14
Aufwand	
Zusammensetzung Spenden	
Nachruf auf Dick Marty	16
Ausblick 2024	17

EIN NEUER ANLAUF

Vor einem Jahr haben wir Bundesrat und Parlament 217'509 Unterschriften für ein international abgestimmtes Schweizer Konzernverantwortungsgesetz überreicht. Doch leider blieb das Thema in Bundesbern 2023 trotz rekordverdächtiger Unterschriftenzahl bislang liegen.

Gleichzeitig kamen auch 2023 wieder viele problematische Geschäfte von Schweizer Konzernen ans Tageslicht: Sei es bei der Goldförderung in Liberia oder Äthiopien, bei der Produktion von Bauchemiestoffen in Argentinien oder bei der Kupferförderung in Peru.

In der EU sind die Diskussionen über das neue EU-Konzernverantwortungsgesetz derweil fast abgeschlossen – die Verabschiedung steht kurz bevor. Damit droht die Schweiz bald zum einzigen Land in Europa ohne Konzernverantwortung zu werden.

Um dies zu verhindern, haben wir beschlossen, eine neue Volksinitiative vorzubereiten. Dies ist nur möglich, weil unsere Bewegung seit vielen Jahren auf so wertvolle und zahlreiche Unterstützer:innen wie Sie zählen darf.

Vielen herzlichen Dank!

Seraina Patzen & Oliver Heimgartner
Geschäftsleitung Koalition für Konzernverantwortung

KONZERN- VERANTWORTUNG IN EUROPA UND DER SCHWEIZ

EU-Konzernverantwortungsrichtlinie kurz vor Verabschiedung

Mitte Dezember 2023 haben sich die EU-Institutionen in den Trilogverhandlungen auf einen Gesetzestext geeinigt. Es wird erwartet, dass die offizielle Verabschiedung durch EU-Rat und EU-Parlament bereits im Frühling 2024 geschieht. Die EU-Konzernverantwortungsrichtlinie geht deutlich weiter als das aktuelle Schweizer Recht. So werden EU-Konzerne dazu verpflichtet, die

Menschenrechte und internationale Umweltstandards bei ihren Geschäften einzuhalten und die CO₂-Emissionen zu reduzieren. Zur Kontrolle sieht die Richtlinie die Einführung von Aufsichtsbehörden in allen EU-Staaten vor, die bei Verstössen Bussen verhängen können. Opfer von Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden, die Konzerne mit Sitz in der EU verursacht haben, sollen zudem neu Anspruch auf Schadenersatz erhalten.

EU-Gesetz will dasselbe wie die Konzernverantwortungsinitiative:

		KONZERNVERANTWORTUNGS-INITIATIVE (2020)	GELTENDER GEGENVORSCHLAG (in Kraft seit 1.1.2022)	GEPLANTES EU-GESETZ
Sorgfalts- pflicht	Menschenrechte	✓	x (nur für Kinderarbeit + Konfliktmineralien)	✓
	Umweltstandards	✓	x	✓
Klima- pflichten	Verbindliche Absenkpfade für CO ₂ -Emissionen	x	x	✓
Aufsicht	Aufsichtsbehörde mit Sanktionskompetenz	x	x	✓
Haftung	... für Schäden von Tochterfirmen	✓	x	✓
	... für Schäden von Zulieferern	x	x	✓

Die Vergleichstabelle zeigt, dass die geplante EU-Richtlinie deutlich weiter geht als die aktuelle Schweizer Gesetzgebung.

Diskussion um Konzernverantwortung kommt im Bundeshaus nicht voran

Gleichzeitig kam das Thema Konzernverantwortung unter der Bundeshauskuppel trotz der eindrucksvollen Petition, die wir im Dezember 2022 mit 217'509 Unterschriften eingereicht hatten, nicht voran. Die Rechtskommission des Nationalrats sistierte die Beratung der Petition an einer Sitzung im Frühling 2023 mit der Begründung, man müsse die Entwicklung in der EU abwarten. Die Diskussion wurde bis Ende 2023 nicht wieder aufgenommen. Die Schweiz droht damit zum einzigen Land in Europa ohne Konzernverantwortung zu werden. Denn der Bundesrat kümmert sich aktuell lediglich um einen Nebenschauplatz: Für Sommer 2024 plant er eine Vernehmlassungsvorlage für eine Aktualisierung der Berichterstattungspflichten. Einen Nachvollzug der relevanten EU-Konzernverantwortungsrichtlinie (CSDDD) hat er bisher nicht angekündigt.

Dies ist stossend, denn im Abstimmungskampf über die Konzernverantwortungsinitiative versprach der Bundesrat, «international abgestimmt» vorgehen zu wollen und «gleich lange Spiesse» für Konzerne in der EU und der Schweiz anzustreben.

Mehrere Wirtschaftsakteure pochen öffentlich auf gleiche Regeln

Ende November 2023 äusserten verschiedene Wirtschaftsakteure – die IG Detailhandel (Coop, Migros, Denner), IKEA sowie das Genfer Groupement des Entreprises Multinationales (u.a. Richemont, Cargill, Procter & Gamble) – in den Medien, dass sie einen raschen Nachvollzug der EU-Konzernverantwortungsrichtlinie wichtig fänden. Sie kritisierten, die Wirtschaft brauche Rechtssicherheit und keine doppelte Arbeit durch nicht-übereinstimmende Regeln in der Schweiz und im europäischen Ausland.

Konzernlobby möchte Diskussion verzögern

Die Lobbyverbände der Grosskonzerne, die im Abstimmungskampf mit Millionen gegen die Konzernverantwortungsinitiative gekämpft haben, drücken derweil weiter auf die Bremse. Economiesuisse beispielsweise findet, die Schweiz solle abwarten, bis jedes EU-Land die EU-Richtlinie umgesetzt habe, bevor eine Diskussion über ein Gesetz in der Schweiz überhaupt starten soll.

Neue Konzernverantwortungsinitiative in Vorbereitung

Für die Koalition für Konzernverantwortung ist klar: Um zu verhindern, dass die Schweiz bald das einzige Land in Europa ohne Konzernverantwortung ist, muss jetzt rasch auch im Bundeshaus ein Gesetzgebungsprozess in Gang gesetzt

werden. Deshalb haben wir entschieden, eine neue Volksinitiative vorzubereiten. Die Initiative soll verhindern, dass das Thema weiter verzögert wird oder das Parlament die Vorlage massiv verwässert. Der Initiativtext soll 2024 in Abstimmung mit der finalen EU-Richtlinie erarbeitet werden.

WEITERE AKTIVITÄTEN 2023

Veranstaltungsreihe zum Film «The Illusion of Abundance»

Im Februar und März 2023 führte die Koalition für Konzernverantwortung eine Eventreihe zum Dokumentarfilm «The Illusion of Abundance» von Erika Gonzalez Ramirez und Matthieu Lietaert durch. Die Veranstaltungen in zwanzig Schweizer Städten – von La Chaux-de-Fonds bis Chur – wurden von fast 2'500 Zuschauer:innen besucht. Der Dokumentarfilm begleitet den

jahrelangen Kampf dreier Menschenrechts- und Umweltaktivistinnen in Peru, Honduras und Brasilien gegen übermächtige Grosskonzerne. Die drei Frauen engagieren sich unermüdlich für Gerechtigkeit – und setzen dafür auch ihr Leben aufs Spiel. Der Film zeigt eindrücklich, wie dringend nötig griffige Regeln für Konzerne sind, damit diese endlich für angerichtete Schäden geradestehen müssen.



Alt Nationalrat Karl Vogler (CSP/OW) erklärt am 29. November im Tages-Anzeiger, dass die Schweiz mit dem ursprünglichen Gegenvorschlag des Nationalrats im Bereich Konzernverantwortung heute weitgehend international abgestimmt wäre und er es begrüsst, dass die Diskussion spätestens mit der neuen Initiative nun wieder startet.



Freiwillige verteilen über 1 Million Flyer in die Briefkästen in ihrer Nachbarschaft

Im Sommer 2023 verteilten 1'500 Freiwillige im Rahmen einer gross angelegten Informationskampagne über 600'000 Flyer in die Schweizer Haushalte, um die Bevölkerung über verschiedene Fälle von Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung durch Konzerne mit Sitz in der Schweiz zu informieren. Bei der zweiten Verteilaktion im Dezember 2023 verteilten Freiwillige nochmals so viele Flyer. Bei dieser Aktion wurde auf den neuesten Glencore-Skandal rund um die Kupfermine Antapaccay in Peru aufmerksam gemacht.

Schweizweit hängen wieder Fahnen

Seit diesem Jahr verschicken wir wieder kostenlos Fahnen und Velodreiecke, um die breite Bewegung für Konzernverantwortung im ganzen Land sichtbar zu machen. Bereits über 15'000 Unterstützer:innen haben unterdessen wieder etwas bestellt und uns auch bereits zahlreiche schöne Fotos zugeschickt.



Hier kostenlos bestellen:



Neu gegründete Schweizer Allianz gegen SLAPP

In letzter Zeit wurden mehrere Schweizer NGO verklagt, nachdem sie kritische Recherchen publiziert haben. So wehrt sich der Bruno Manser Fonds, eine unserer Mitgliedorganisationen, seit Jahren gegen Klagen einer malaysischen Potentatenfamilie, die – so der Vorwurf – von Regenwaldabholzung profitierte. Im Herbst 2023 wurde zudem bekannt, dass unsere Mitgliedorganisationen Public Eye und Trial vom Zuger Rohstoffkonzern Kolmar auf 1,8 Millionen US-Dollar Schadenersatz verklagt werden. Dies aufgrund eines kritischen Berichtes zum Handel mit libyschem Diesel in den Jahren 2014 und 2015, als das Land mitten in einem bewaffneten Konflikt steckte. Im Sommer 2023 gründeten deshalb mehrere NGO zusammen mit verschiedenen Organisationen aus dem

Medienbereich die Schweizer Allianz gegen SLAPP (Strategic Lawsuits Against Public Participation). Das Ziel der Allianz ist es, das Problem der zunehmenden Klagen und Klagedrohungen, die zu einer Einschränkung der freien Meinungsäusserung führen, in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Zusätzlich sollen Organisationen, die von SLAPP betroffen sind, gemeinsam unterstützt werden. Auch die Koalition für Konzernverantwortung ist Mitglied der Allianz gegen SLAPP und unterstützt die Arbeiten nach Möglichkeit.

Mehr Ressourcen für Fallrecherchen

Immer wieder erreichen uns Hinweise zu Schweizer Konzernen, die in Menschenrechtsverletzungen oder Umwelterstörung verwickelt sind. So wurden wir beispielsweise von einer

Unterstützerin auf eine problematische Fabrik des Bauchemiekonzerns Sika aufmerksam gemacht.

Diesen Beispielen von problematischen Geschäften dann auch vertieft nachzugehen, ist viel Arbeit. Dank den zahlreichen Spenden, die unserem Aufruf im Frühling 2023 folgten, konnten wir dieses Jahr erfreulicherweise mehr Ressourcen in die Fallrecherchen stecken und bereits einige Berichte publizieren. Wir geben unser Bestes, um auch 2024 möglichst viele Skandale aufzudecken, und sind dankbar, wenn wir auch in Zukunft auf Ihre Unterstützung zählen dürfen.

GPK-Untersuchung kritisiert Bundesrat für Engagement gegen Konzernverantwortungsinitiative

Am 24. November 2023 veröffentlichte die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates (GPK-N) eine Untersuchung zur Behördenkommunikation vor Abstimmungen. Der Bericht der parlamentarischen Verwaltungskontrolle PVK kritisiert die Art und Weise der Kommunikation des Bundesrats in der Abstimmungskampagne über die Konzernverantwortungsinitiative als nicht verhältnismässig. So sei im damaligen Justizdepartement ein Konzept erarbeitet worden, das die Kommunikation der Vorsteherin als Teil der Gegenkampagne ausrichtete. Dies, obwohl die Behörden zu einer transparenten und sachlichen Information der Stimmberechtigten

verpflichtet wären. Eine Recherche der Wochenzeitung WOZ zeichnete kurz darauf nach, wie sich im Justizdepartement mehrere Chef-Beamt:innen regelmässig zu Gesprächen darüber trafen, wie das Departement die Gegenkampagne effektiv unterstützen könnte.



Bundesrätin Karin Keller-Sutter wird von der GPK für ihre zu offensive Kommunikation zur Konzernverantwortungsinitiative 2020 kritisiert.

GLENCORE-KUPFERMINE VERGIFTET EINEN LANDSTRICH IN PERU

In den peruanischen Anden auf 4'100 Metern über Meer liegt die Glencore-Kupfermine Antapaccay. Rund 60'000 Menschen wohnen in der Region, die meisten gehören den indigenen Gemeinschaften der Quechua und K'ana an. Seit Jahren wehren sich die Menschen gegen die Verschmutzung mit Schwermetallen wie Quecksilber, Blei und Arsen, die sie für die vielen Atemprobleme, Nieren- und Krebserkrankungen in der Region verantwortlich machen.

Auch Flora und Fauna sind von den Minenaktivitäten betroffen. So konnten in Vögeln, Pflanzen und verschiedenen Nutztieren erhöhte Werte von Schwermetallen nachgewiesen werden. Die Bevölkerung berichtet zudem, dass ihre Tiere sterben oder Fehlgeburten erleiden, wenn sie Wasser aus dem Fluss trinken.

Der Zuger Rohstoffkonzern Glencore hat stets vehement bestritten, dass die Minenaktivitäten etwas mit der Verschmutzung zu tun haben. Nun sind im Herbst 2023 umfassende wissenschaftliche Untersuchungen erschienen, die eindeutig zeigen, dass die Kupfermine die Region verschmutzt: Sowohl der schwermetallhaltige Feinstaub als auch die Kontamination von Wasser und Böden kann auf die Mine zurückgeführt werden. Wegen dem Bau und Ausbau der Mine kommt es zudem seit Jahren zu Landkonflikten, weil die Rechte der indigenen Bevölkerung verletzt werden. Die Menschen mussten sich wiederholt gegen Versuche wehren, von ihrem Land vertrieben zu werden. Und im Jahr 2019 zeigten Videos, wie Glencore-Sicherheitsmitarbeiter während eines solchen Konflikts indigene Frauen mit Steinen bewarfen.



© Miguel Gutiérrez

SIKA-FABRIK VERSCHMUTZT EINE NACHBARSCHAFT IN ARGENTINIEN

In einem Vorort der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires verschmutzt eine Baustofffabrik des Schweizer Konzerns Sika ein Quartier stark mit Staub. Rund 1'000 Menschen leben im direkten Umfeld der Fabrik, die unter anderem Klebstoffe und Mörtel herstellt.

Bei der Produktion werden Sand, Zement und andere Stoffe gemischt. Dabei entstehen starke Emissionen, die von der Fabrik mangelhaft gefiltert werden. Die Menschen vor Ort beklagen sich schon lange über die Auswirkungen, die der Staub auf ihre Lebensqualität und ihre Gesundheit hat. Der Staub lagert sich überall ab, in den Häusern, auf der Kleidung, und führt zu Atembeschwerden, Haut- und Lungenerkrankungen. Seit über zehn Jahren versuchen sie sich bereits vor Gericht zu wehren und haben Proteste organisiert – bislang erfolglos. Nun zeigt eine Studie einer regionalen Umweltbehörde aber zweifelsfrei, dass die Sika-Fabrik für einen Grossteil der gesundheitsschädigenden Staubemissionen im Quartier verantwortlich ist. 2023 untersuchte zudem eine Spezialistin für Lungenerkrankungen zahlreiche Quartierbewohner:innen:



© Grace Perivitu

Die 48 Patient:innen-Dossiers zeigen, dass die Menschen aufgrund des vielen Staubs zahlreiche Symptome aufweisen.

Dies sieht auch ein regionales Gericht so und veranlasste deshalb im Sommer bis auf Weiteres die Schliessung der Fabrik, wogegen sich Sika-Anwälte aber erfolgreich wehrten. Die Fabrik läuft deshalb bereits wieder und die Menschen wissen nicht, ob und wann sich die Situation für sie endlich verbessert. Sika hat jede Verantwortung für die Verschmutzung über Jahre abgestritten.

HOCHPROBLEMATISCHES GOLD LANDET IN DER SCHWEIZ

In der Schweiz werden schätzungsweise 50-70 Prozent des weltweit gehandelten Goldes raffiniert. Die ganze Branche ist verschwiegen und undurchsichtig, das Gold stammt nicht selten aus hochproblematischen Quellen. So konnten wir im vergangenen Jahr beispielsweise aufdecken, dass MKS Pamp – eine der vier grossen Raffinerien mit Sitz in der Schweiz – sämtliches Gold aus einer Mine in Liberia verarbeitet, obwohl diese für eine massive Verschmutzung der Umwelt verantwortlich ist: 2022 und im Frühling 2023 liefen hochgiftige Chemikalien aus der Mine aus.

Eine Recherche der Organisation Fastenaktion zeigte zudem kürzlich, dass die Schweizer Raffinerie Argor-Heraeus über mehrere Jahre problematisches Gold aus einer Konfliktregion in

Kolumbien importierte. Und in Peru ereignete sich im Mai ein schwerer Brand in einer Goldmine, bei dem 27 Minenarbeiter ums Leben kamen. Das dort geförderte Gold wurde von der Schweizer Raffinerie Metalor verarbeitet und von der UBS und verschiedenen Luxusmarken als besonders nachhaltig angepriesen. Dabei zeigen unsere Recherchen, dass in der Mine wichtige Sicherheitsvorkehrungen fehlten.

Und auch ein vierter Fall problematischer Goldimporte kam 2023 ans Tageslicht: Wie eine Recherche von Human Rights Watch zeigt, profitierte die Schweizer Raffinerie Argor-Heraeus über Jahre von Gold einer äthiopischen Mine, die bei den Anwohner:innen zu schweren Vergiftungen und Geburtsgebrechen führte.



DIE KOALITION

Über 80 zivilgesellschaftliche Organisationen sind Mitglied beim Verein «Koalition für Konzernverantwortung». Sie alle setzen sich für Konzernverantwortung ein, arbeiten in den verschiedenen Arbeitsgruppen der Koalition mit, leisten einen jährlichen Mitgliederbeitrag und wählen den Vereinsvorstand. Der Vereinsvorstand besteht zur Hälfte aus Vertreter:innen der Mitgliedorganisationen und zur Hälfte aus unabhängigen Persönlichkeiten.

Der Vorstand trifft sich vierteljährlich gemeinsam mit der Geschäftsleitung des Vereins zu einer Sitzung. Auf der Geschäftsstelle der Koalition für Konzernverantwortung arbeitet ein kleines Team, das die Kampagne umsetzt. Die Geschäftsstelle wird von der Co-Geschäftsleiterin Seraina Patzen (Politik, Inhalt, Finanzen & Administration) und dem Co-Geschäftsleiter Oliver Heimgartner (Kampagne, Kommunikation und Recherchen) geleitet.

ÜBER 80 MITGLIED- ORGANISATIONEN

Public Eye

KONSUMENTEN
SCHUTZGESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER

SWISSAID

SOLIDAR
KAMPFEN FÜR GLOBALE GERECHTIGKEITFastenaktion
Action de Carême
Azione QuaresimaleSTOP
ARMUT
www.stoparmut.chHEKS
Brot für alle

GREENPEACE

alliancesud

AMNESTY
INTERNATIONAL

HELVETAS

ask

pro natura



VEREINS- VORSTAND



Dick Marty
Alt Ständerat FDP
† 28.12.23



Chantal Peyer
HEKS



Dominique de Buman
Alt Nationalrat
Die Mitte



Isabelle Bamert
Kommunikations- und
Kampagnenexpertin



Sylvia Valentin
terre des hommes
schweiz



Dietrich Pestalozzi
Unternehmer



Silva Lieberherr
Multiwatch



Rahel Ruch
Politische Beraterin



Fabienne Krebs
Gesellschaft
für bedrohte Völker



Andreas Missbach
Alliance Sud

GESCHÄFTS- LEITUNG

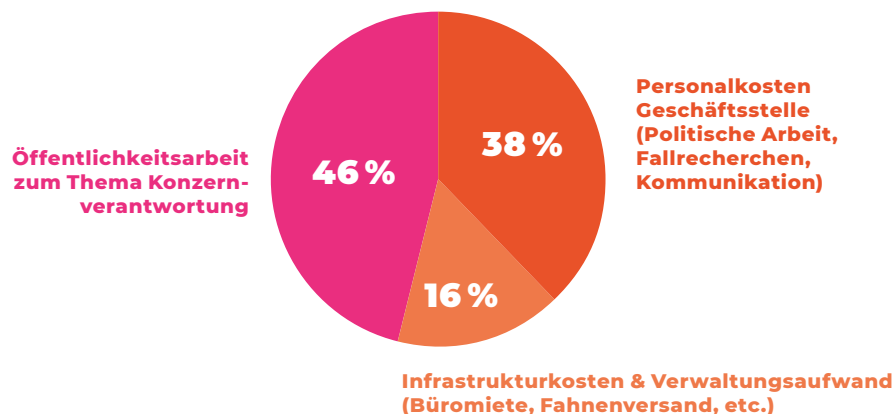


Seraina Patzen
Co-Geschäftsleiterin



Oliver Heimgartner
Co-Geschäftsleiter

AUFWAND



Wie in der politischen Arbeit üblich, entfällt etwas mehr als ein Drittel der Ausgaben auf Personalkosten. Das ist wichtig, um auf der Geschäftsstelle genügend Ressourcen und das nötige Know-how für die politische Arbeit und die Kommunikation zu haben. 46% der Ausgaben wurden 2023 für Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Konzernverantwortung verwendet, also für Informationsveranstaltungen, Versände, Flyerdruck und Videos.

Der Konzernlobby keinen Informationsvorsprung geben

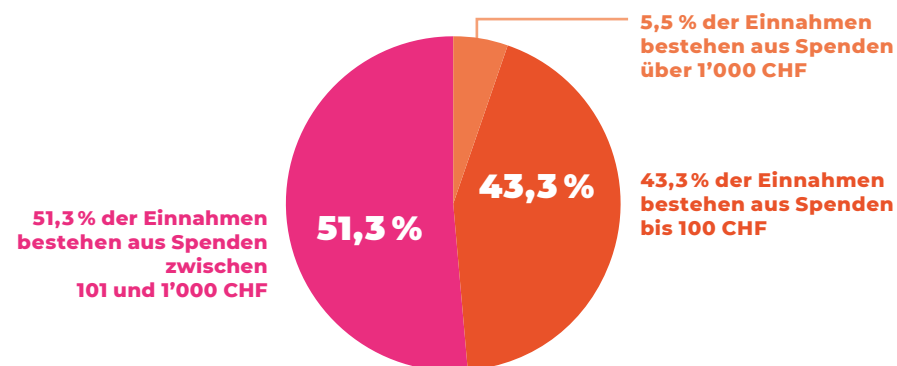
Aus taktischen Überlegungen haben wir bereits im Abstimmungskampf kein Kampagnenbudget veröffentlicht. Der Grund dafür war, dass auch die Konzernlobby, die deutlich mehr Mittel zur Verfügung hat, ihr Budget nicht veröffentlichte. Wenn nur die eine Seite in einer politischen Kampagne ihre Mittel transparent macht, werden die Kräfteverhältnisse in der öffentlichen Wahrnehmung verzerrt. Die Konzernlobby erhielt zudem einen wichtigen Informationsvorteil zur Stärke unserer Bewegung.

Seit dem Herbst 2023 gelten neue Transparenzregeln bei der Politikfinanzierung. Diese verpflichten sowohl uns als auch die Konzernlobby im Falle einer erneuten Abstimmung dazu, die Finanzierung der Abstimmungskampagne transparent zu machen. Bis dahin verschaffen wir mit den Informationen auf diesen Seiten jährlich einen Überblick darüber, woher unsere finanziellen Mittel stammen – zum allergrössten Teil aus Kleinspenden aus der Schweiz – und wofür wir sie einsetzen.

EINNAHMEN

Die Koalition für Konzernverantwortung finanziert sich ausschliesslich durch Beiträge der Mitgliedorganisationen und Spenden von Privatpersonen. Mitgliedorganisationen zahlen je nach Grösse zwischen 50 und 6'000 Franken pro Jahr. Die Mitgliederbeiträge machen weniger als 5% der gesamten Einnahmen aus. Ohne die grosszügige Unterstützung von Privatpersonen wäre es entsprechend unmöglich, unsere Kampagne in dieser Form weiterzuführen.

Zusammensetzung der Einnahmen



Die obenstehende Grafik zeigt, dass der Grossteil der Spenden an die Koalition für Konzernverantwortung von Einzelpersonen stammt und nur sehr wenig Grossspenden über CHF 1'000 eingehen. Die höchste Spende betrug 2023 CHF 10'200.

Die Koalition von Konzernverantwortung erhielt 2023 zudem ein grosszügiges Legat in der Höhe von CHF 43'970, welches nicht in die obenstehende Grafik miteinbezogen ist. Praktisch die gesamte finanzielle Unterstützung stammt aus der Schweiz, nur CHF 2'514 wurden aus dem Ausland gespendet.

REVISION

Unsere Rechnung wird von einer unabhängigen Revisionsstelle (Treuhand Lehmann AG) geprüft und zusammen mit dem Budget unseren Mitgliedorganisationen an der jährlichen Mitgliederversammlung zur Genehmigung vorgelegt.



Nachruf auf Dick Marty

Am 28. Dezember 2023 ist unser Vorstandsmitglied Dick Marty mit 78 Jahren verstorben. Sein Verlust trifft uns tief.

Dick Marty hat sein Leben dem Kampf für Gerechtigkeit und Menschlichkeit gewidmet. Als Staatsanwalt bekämpfte er die Drogenmafia. Als Ständerrat und Mitglied des Europarats enthüllte er die CIA-Geheimgefängnisse auf europäischem Boden und untersuchte Kriegsverbrechen in Kosovo. Und bereits seit ganz am Anfang, als wir 2011 die Petition «Recht ohne Grenzen» starteten, setzte sich Dick dafür ein, Konzerne in die Verantwortung zu nehmen. Ab 2015 war er dann Co-Präsident unseres Initiativkomitees und im Abstimmungskampf mehrmals pro Woche für die Konzernverantwortungsinitiative unterwegs. So lange wie möglich wollte er sein Engagement fortsetzen. So prägte Dick bis zuletzt unsere Strategie und nahm noch im November an Sitzungen teil. Dabei hat er immer wieder zum Ausdruck gebracht, wie enorm dankbar und auch berührt er von der grossen Unterstützung so vieler Menschen war, die es möglich machen, dass wir bis heute am Thema Konzernverantwortung dranbleiben.

Dicks Handeln war von seinem tiefen, unabhängigen Denken und der stetigen Suche nach Wahrheit geleitet. Nie hat er sich gescheut, seine Stimme gegen das Inakzeptable zu erheben. Sein Mut, seine Grosszügigkeit, seine Aufrichtigkeit und seine Bescheidenheit haben ihn ausgezeichnet.

Viel zu früh ist Dick von uns gegangen. Er hinterlässt eine grosse Lücke. Doch seine Kraft und Überzeugung begleiten uns weiter. Und seinen Einsatz für Gerechtigkeit wollen wir in unserem gemeinsamen Engagement weitertragen.

Unsere Gedanken sind bei seiner Familie, der wir unsere herzliche Anteilnahme ausdrücken.

AUSBLICK AUF'S NÄCHSTE JAHR

2024 wird die fertig verhandelte EU-Richtlinie offiziell verabschiedet. Die Schweiz droht damit zum einzigen Land in Europa ohne Konzernverantwortung zu werden. Das müssen und können wir gemeinsam verhindern.

Nach der Verabschiedung der EU-Richtlinie müssen wir die Unterschriften für unsere neue Initiative zügig sammeln, damit endlich auch hier ein Gesetzgebungsprozess startet. Bereits jetzt ist klar, dass wir diesen Kraftakt nur schaffen, wenn alle unsere Unterstützer:innen wieder aktiv mithelfen.

Die internationale Entwicklung beim Thema Konzernverantwortung und die Versprechen des Bundesrats aus dem Abstimmungskampf geben uns die Chance, das Thema Konzernverantwortung mit einer neuen Initiative wieder auf die politische Agenda zu setzen.

Gemeinsam können wir diese Chance packen und sowohl für die Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen als auch für die Umwelt viel erreichen! Vielen herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Dominique de Buman
Vorstandsmitglied Koalition
für Konzernverantwortung

Chantal Peyer
Vorstandsmitglied Koalition
für Konzernverantwortung

UNSERE ARBEIT KANN 2024 NUR WEITERGEHEN, WENN AUCH SIE WIEDER ETWAS BEITRAGEN.

Vielen Dank für Ihre Spende mit dem beiliegenden
Einzahlungsschein oder direkt hier mit TWINT:

**Jetzt mit TWINT
spenden!**



QR-Code mit der
TWINT App scannen



Betrag und Spende
bestätigen



Koalition für Konzernverantwortung

Monbijoustr. 31

Postfach

3001 Bern

info@konzernverantwortung.ch

www.konzernverantwortung.ch

031 390 93 36